

Eydelstedt verklagt Ehlen-Behörde

Die Gemeinde legt hinsichtlich des Raumordnungsverfahrens zur 380-kV-Freileitung zudem EU-Beschwerde ein

EYDELSTEDT (rr) • Die Gemeinde Eydelstedt wird im Zusammenhang mit der von E.ON Netz geplanten 380-kV-Freileitung von Ganderkesee nach Sankt Hülfe die Regierungsvertretung Oldenburg des niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz verklagen.

Die Kommune wirft der Behörde von Minister Ehlen vor, im Zuge des Raumordnungsverfahrens zur Trasse pflichtwidrig das zwingend vorgeschriebene Zielabweichungsverfahren nicht durchgeführt zu haben. Zudem soll in dieser Sache eine EU-Beschwerde eingelegt werden. Dies beschloss einstimmig der unter Leitung von Bürgermeister Cord-Hinrich Egelriede am Mittwochabend vor 18 Zuhörern im Landgasthof Kolshorn tagende Gemeinderat.

Einer von ihnen war Harpstedts Samtgemeinde-Bürgermeister Uwe Cordes, denn auch die dortige Gemeinde Prinzhöfte wird die genannten beiden gerichtlichen Schritte gehen.

Die Gemeinde Eydelstedt könne die Aussage aus dem Raumordnungsverfahren, eine Erdverkabelung sei wirtschaftlich nicht vertretbar, nicht akzeptieren, da das Ge-



„Ab in die Erde“: Die Forderung nach Erdverkabelung der 380-kV-Leitung besteht weiter und wird – wie hier im Eydelstedter Ortsteil Holzort – plakativ zum Ausdruck gebracht. Nun will die Kommune klagen.

Foto: Schäfer

meindegebiet von der Freileitung erheblich beeinträchtigt werde, führte Gemeindevizektor Jürgen Lübbers vor dem Rat aus. Die Klageberechtigung der heimischen Kommune solle daraus abgeleitet werden, dass es sich

bei dem „Großen Moor“ westlich von Barnstorf und dem Wietingsmoor bei Eydelstedt um ein faktisches Vogelschutzgebiet handele. Dieses sei durch eine Studie und eine Bund-Ausarbeitung belegt. Dieses Vogelschutz-

gebiet würde durch die geplante Freileitung zerstört. Damit sinke die Attraktivität der Gemeinde erheblich. Somit würden alle Bestrebungen der Gemeinde zerstört, einen intakten dörflichen Charakter mit einer attrakti-

ven Umwelt zu erhalten, um dem Wegzug junger Familien entgegenzuwirken.

Lübbers machte deutlich, dass es sich in diesem Falle um eine der letzten Freileitungen handeln könne, die noch gebaut werde, „zehn

Jahre weiter aber wohl nicht mehr.“ Deshalb müsse nichts unversucht bleiben, eine Erdverkabelung zu erreichen.

Jürgen Hellmann von der Interessen-Gemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“ ergänzte, dass im Raumordnungsverfahren viele Abwägungen nicht vorgenommen worden seien. Es hätten über 1000 Einwände – der Großteil aus Eydelstedt – vorgelegen, „die alle vom Tisch gewischt wurden“. So sei auch das Zielabweichungsverfahren von der Behörde abgelehnt worden. Das verstoße gegen die Ziele des niedersächsischen Raumordnungs-Programmes und müsse deshalb nachgeholt werden.

Davon verspreche sich die Interessen-Gemeinschaft einen Zeitgewinn von zwei bis drei Jahren. Der solle genutzt werden, um die EU-Beschwerde in Gang zu bringen. Die sei mit Risiko verbunden. Wenn aber Brüssel die Beschwerde annehme, „geht es dieses Mal von oben nach unten“ und würden durch die Europäische Union Stellungnahmen von der Bundes- bzw. Landesregierung eingefordert. Jürgen Hellmann: „Wir zeigen der Landesregierung, dass wir uns nicht alles gefallen lassen und jeden Hebel ziehen, den wir können.“